

"Definitionsmacht - eine feministische Kritik" Vortrag und Diskussion in Köln

E*SPACE1: Wir sind von der Gruppe E*SPACE. Das ist eine Interessiertengruppe, die angeschlossen ist an die Dresdner feministische Gruppe E*VIBES – FÜR EINE EMANZIPATORISCHE PRAXIS. Wir beschäftigten uns mit konkreten Konzepten zum Umgang mit sexistischer Diskriminierung und Gewalt. Wir versuchen in dieser Auseinandersetzung Begriffsarbeit zu leisten. Wir versuchen unser Verständnis dessen zu schärfen, was Diskriminierung, Gewalt eigentlich genau ist. Welche Gegenstrategien gibt es da? Was könnte da zum Beispiel Konsens heißen oder Definitionsmacht? Das ist unser Feld, in dem wir uns bewegen. Als Gruppe sind wir im Zuge der Vorbereitung von einem Veranstaltungswochenende in Dresden entstanden. Dort haben wir ein sogenanntes Schutzkonzept erarbeitet. Darin gab es Kritik aus Dresden und wir haben hinterher eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu diesem Konzept gemacht. Das war der Startpunkt. 2013 hat E*VIBES das E*CAMP durchgeführt, „E*CAMP GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEIN GESCHLECHTERVERHÄLTNIS“, was ein politisches Sommercamp war. Dort haben wir wieder ein Konzept zum Umgang miteinander erarbeitet. Wir waren Teil der Unterstützungs- und Awarenessstruktur. Wir sind keine anfragbare Awarenessgruppe, unter anderem weil wir der Meinung sind, dass die Diskussionen dazu, wie ein sinnvoller Umgang in der Linken mit Diskriminierung oder Gewalt aussehen kann oder sollte, von den Leuten selbst geführt werden müssen. Das lässt sich nicht an externe Leute delegieren. Weil wir diesen Ausgangspunkt haben, haben wir einen Dreitagesworkshop entwickelt, mit dem wir seit 2013 bundesweit unterwegs sind. In dem versuchen wir, diese Diskussion zu führen und Leuten unsere Erfahrungen weiterzugeben. Diese Diskussionen sind deshalb wichtig, weil diese Gesamtscheiße, die es in dieser Gesellschaft gibt, uns das aufzwingt, uns mit Diskriminierung zu beschäftigen und uns dazu zu verhalten. Um uns dazu verhalten zu können, finden wir eine Analyse der Gesellschaft, des Produzenten von Diskriminierung, wichtig. Das reicht aber nicht. Es geht auch um konkrete Gegenstrategien. Mit etwas Pathos geht es uns um das richtigere Leben im Falschen. Dafür wollen wir unsere Erfahrungen und unsere Diskussionen weitergeben. Im Gespräch mit Leuten, die andere Erfahrungen gemacht haben, wollen wir lernen. Dafür ist es wichtig, sich anzugucken, welche Konzepte es bisher gibt. Wie kann man diese weiterentwickeln? Welche Probleme ergeben sich da? Ein Ergebnis unserer Diskussion ist der Titel des heutigen Vortrags „*Wir arbeiten nicht mit Definitionsmacht.*“ Dafür gibt es verschiedenen Gründe, die wir im Folgenden versuchen auszuführen.

Noch vorne weg: wenn man über Definitionsmacht spricht, geht es natürlich auch um sexualisierte Gewalt. Wir werden das nicht im Detail schildern, aber es wird Thema sein. Ich würde darum bitten, dass Leute auf sich selber achten und wenn es zu viel wird, ein Stop-Zeichen geben oder sich herausziehen, sodass am Ende keiner davon überfahren wird.

Oft werden ernstzunehmende Kritikpunkte an Definitionsmacht als antifeministisch abgeschmettert. Unser Label als feministische Gruppe hat uns bisher davor bewahrt, dass das mit unseren Kritikpunkten so verlaufen ist. Für diese Diskussion gibt es ein Grundproblem. Das ist eine problematische In-Eins-Setzung von Definitionsmacht mit allen möglichen anderen Ansätzen von parteilicher Unterstützung von Leuten, die Diskriminierung oder Gewalt erfahren haben. Auch wir aus dieser Gruppe sind selbst lange diesem Irrtum erlegen. Wer etwas gegen Definitionsmacht hätte, hätte auch was gegen feministische Praxis. Das Problem erklärt, warum das Thema so aufgeladen ist. Das ist auf der anderen Seite nicht ganz falsch. Es gibt eine Menge Leute, die Definitionsmacht aus diesen Gründen kritisieren oder angreifen, weil sie ihre männlichen Privilegien nicht hinterfragen oder aufgeben wollen, weil sie einen antifeministischen Standpunkt, oder kein Verständnis davon haben, wie sexistische, rassistische oder sonstige Ausschluss- oder Unterdrückungsmechanismen funktionieren. Das Gleichsetzen von solchen Leuten mit welchen, die diese

bestimmte Herangehensweise kritisieren, verhindert wichtige Diskussionen darüber, was für Probleme es bei diesem Konzept gibt. Diese Diskussion wollen wir anstoßen und in dem Vortrag aufzeigen, in welche Richtung diese gehen müssten.

E*SPACE2: Ein Punkt, der das ganze aus unserer Sicht auch erschwert, ist, dass es keine einheitliche Definition von Definitionsmacht gibt. Unterschiedliche Gruppen definieren das selbst für sich. Das sieht immer anders aus. Es gibt keine allgemeine Orientierung, auf die man zurückgreifen kann. Das hat zur Folge, dass viele verschiedene Dinge im/unter dem Namen Definitionsmacht passieren oder passiert sind. Da wollen wir uns jetzt ein paar Beispiele anschauen.

Einmal kommt es zu Rauswürfen. Menschen wurden aus Camps rausgeworfen, von Veranstaltungen ausgeschlossen, in manchen Fällen auch aus der kompletten linken Szene im ganzen Bundesgebiet. Die Leute werden rausgeschmissen, weil sie andere Wissensstände haben, weil sie Begriffe benutzen, die als schlecht oder verboten angesehen werden oder weil sie Szenecodes nicht kennen. Wenn man auf eine Veranstaltung geht, weil man die spannend findet, aber sich eigentlich noch nicht mit den Regeln der linken Szene auseinandergesetzt hat und man sich da falsch verhält, dann kann es auch sein, als Extrembeispiel, dass man da für immer nicht mehr dort auftauchen darf. Ein weiteres Problem aus unserer Sicht ist, dass die beschuldigten Personen oft keine Möglichkeit haben sich und ihr Verhalten zu erklären. Dazu kommt auch noch, dass ihnen nicht erklärt wird, was sie falsch gemacht haben. Es wird nur gesagt: „Du hast etwas falsch gemacht. Jetzt gibt es dafür eine Konsequenz.“ Wir halten es für wichtig, dass Menschen sich erklären können, dass wir erfahren, was passiert ist, wenigstens grob, damit sie auch eine Orientierung haben, was sie ändern können. Oft wird gesagt, dass Menschen, die mit Ausübenden von Gewalt und Diskriminierung arbeiten oder befreundet sind, sogenannte ‚Täterschützer‘ sind. Im Zuge dessen kommt es dazu, dass Menschen Angst haben, an Diskussionen teilzuhaben, weil sie selbst einer hegemonialen Gruppe zugeordnet werden und sich z.B. als Mann nicht zu sexualisierter Gewalt äußern soll. Da sind sie ausgeschlossen oder schließen sich selbst aus, weil sie Angst haben, dass negativ darauf reagiert wird. Menschen werden persönliche Entwicklungspotenziale abgesprochen, dass sie z.B. nicht dazulernen können, was sie falsch gemacht haben oder sich in irgendeiner Form weiterentwickeln können. Es bliebe immer auf dem Status Quo. Aus unserer Sicht gibt es einen Zwang sich hegemonialen Gegendiskursen anzugleichen. Mal passiert dieser Zwang freundlicher, manchmal weniger freundlich. Manchmal kommt es auch dazu, wie eben schon angedeutet, dass Diskussionen generell unterbunden, verboten werden; dass nichts angezweifelt werden darf. Das waren Punkte, die die Ausübenden von Gewalt und Diskriminierung betreffen. Es gibt aber auch noch Sachen, die Betroffene von Gewalt und Diskriminierung betreffen.

Politische Differenzen zwischen Gruppen oder Einzelpersonen werden auf dem Rücken der einzelnen Personen ausgetragen. Es gibt auch standardisierte Abläufe: „Es ist was passiert, sag, was jetzt als nächstes passieren soll.“ Die Abläufe entgleiten den Betroffenen, sie können nicht mehr mitentscheiden. Es entsteht ein Druck sich zu äußern und sofort zu wissen, was als nächstes passieren sollte oder wie ich mich jetzt fühle. Das sind alles Negativbeispiele. Wir können nicht sagen, wie oft das vorkommt. Es gibt keine fundierten Statistiken darüber. Es ist auf jeden alles passiert. Wir würden später gerne darüber diskutieren, was es für positive Beispiele gibt. Das fänden wir spannend. In Bezug auf die negativen Punkte fragen wir uns, wie konnte das passieren? Wie kann das unter Definitionsmacht laufen? Wir finden, es liegt wahrscheinlich nicht daran, dass einfach das Grundkonzept Definitionsmacht falsch verstanden wird von vielen Leuten, sondern wir glauben, dass die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass es am Wesen dieses Ansatzes, dieses Konzeptes liegt. Trotzdem brauchen wir eine Arbeitsdefinition, damit wir wissen, worüber wir diskutieren. Wir haben Definitionsmacht folgendermaßen für uns definiert:

„Definitionsmacht heißt, dass die Tatdefinition der Betroffenen allgemein anerkannt wird. Dies soll durch parteiliche Verbündete, die diese Definition vertreten, erreicht werden. Es

schließt nicht unbedingt die Macht über Konsequenzen beziehungsweise Definitionsmacht mit ein.“

In dem Text, den wir dazu geschrieben haben, haben wir gesagt, dass sich diese Definition in zwei Teile einteilt. Der zweite Teil ist der mit der Konsequenz und Sanktionsmacht. Dort sagten wir, das kommt nicht so häufig vor. Der erste Punkt ist der wichtigere, aber wir würden sagen, wir machen heute eine analytische Trennung, um das besser diskutieren zu können.

Zum ersten Teil: Es geht bei Definitionsmacht nicht nur um die Verteidigung dessen, was jede Person, die uns subjektiv wahrnimmt und empfindet, sondern es geht darum, zu definieren oder eine Bestimmung zu äußern. Dadurch wird dieses Subjektive, was der Mensch empfunden hat, zum Objektiven. Es wird zum Allgemeinen und das Besondere verschwindet. Wenn ich zum Beispiel etwas wahrnehme, dann wird es zu etwas Objektivem, was alle irgendwie akzeptieren müssen.

E*SPACE1: Dieser Kampf um Definition ergibt unser Erachtens nach genau im Entstehungskontext von Definitionsmacht Sinn, der die juristische Auseinandersetzung um sexualisierte Gewalt war. Vor Gericht hängt das Strafmaß an der Tatdefinition. Wenn die Straftat unter eine Definition fällt, dann gibt es eine bestimmte Sanktion dafür. Gerade vor Gericht und in Bezug auf sexualisierte Gewalt passiert und passierte natürlich super viel Mist. Denken wir zum Beispiel an die Beweispflicht, die bei Vergewaltigung meistens super schwierig, auf jeden Fall total entwürdigend und ein Spießrutenlauf durch verschiedene Instanzen und Polizeiverhöre ist. Dort passiert oft eine Schuldzuschreibung an Betroffene und ein Anzweifeln der Glaubwürdigkeit. Dann kommt das vor Gericht und die Gegenanwälte stellen das in Frage. Dort ist ein solcher Ansatz wichtig. Vor Gericht muss die Macht, eine Tat beispielsweise als Vergewaltigung zu definieren, zu den Betroffenen hin verschoben werden, eben aus diesen schwierigen Ausgangsbedingungen heraus. Was für uns im Umkehrschluss nicht heißt, dass die Errungenschaften des bürgerlichen Rechtssystems dann gleich mit aushebeln müsste, so etwas wie Verteidigungsrecht, oder eine Unschuldsvermutung. Die Bedingungen aber für eine tatsächliche Gleichberechtigung vor Gericht in diesem Fall sind nicht gegeben. Dort existiert ein Machtgefälle. Es müssen verschiedenen Dingen Rechnung getragen werden: eventuellen Stigmatisierungen, die Leute haben; Ohnmachtserfahrungen, die Leute gemacht haben können; Traumata; eben dieser schweren Beweisbarkeit und nicht zuletzt den unterschiedlichen Machtpositionen im Geschlechterverhältnis. Deswegen finden wir das wichtig, weiterhin den juristischen Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt zu skandalisieren. Da sind in der Vergangenheit wichtige Kämpfe geführt und gekämpft worden. Die werden auch aktuell noch weiter geführt, in Form von Kampagnen. Da geht es z.B. darum, dass nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen geahndet werden können, die bisher vom Strafrecht noch nicht abgedeckt worden sind. Wir in unserer Gruppe wollen, anders als vor Gericht, nicht auf einen Fraktionskatalog hinaus. Das heißt, unser Ansatz ist es nicht, zu sagen: „Wenn das und das passiert ist, dann folgt die und die Konsequenz.“ Der Fokus muss darauf liegen, was brauchen Betroffene, um ihre Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung zurück zu bekommen? Vor diesem Ziel verliert eine allgemeine Übereinkunft darüber, wie das Geschehene benannt wird, an Relevanz. Auch für den Umgang mit dem/der AggressorIn ist unseres Erachtens nach nicht die Tatdefinition entscheidend, sondern vor allem die Zugänglichkeit dieser Person. Hat die Person Verständnis dafür? Lässt sich Verständnis für individuellen Bedürfnisse, Wünsche, Wissensstände, Situationen und Forderungen herstellen, das wiederum im Kontext von gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnissen?

Andererseits finden wir auch mit Definitionsmacht verbundene Praxen sogar hinderlich für eine gute Unterstützungsarbeit. Beispielsweise: Betroffene, die eine solche Gewalt erfahren haben, sind in der Situationswahrnehmung, also was genau da passiert ist, als auch in den Bedürfnissen, die sie aus der Situation heraus haben, unsicher. Da bedarf es parteilicher Auseinandersetzungen, die dabei helfen, sich zu sortieren und das Erlebte aufzuarbeiten. Da

ist eine feste Definition nicht hilfreich. Wir haben dafür einen Begriff von einer amerikanischen Gruppe geklaut: „*jazzy methode*“. Das ist eine Mischung aus Struktur und Improvisation, wo man einen Werkzeugkasten haben muss mit verschiedenen Komponenten und Angeboten, je nach individuellen Bedürfnissen, je nach Situationen. Das muss individuell gemünzt sein. In dieser Entwicklung von Praxen, die sich unter Definitionsmacht subsumieren, gibt es eine potenzielle Gleichsetzung von Nachfragen mit einem generellen Anzweifeln des Geschehen. Das verhindert eine sinnvolle Unterstützung, wenn bei Leuten nicht nachgefragt wird. Das ist ein wichtiger Teil des Prozesses, auch wenn es sensibel passieren muss. Es gibt Formen von Nachfragen, die natürlich scheiße sind, aber man kann es nicht generell mit ‚Anzweifeln‘ gleichsetzen. Unterstützung muss auch einen Abgleich von Wahrnehmen beinhalten können, um die Bearbeitung von Sachen, die erlebt wurden, begleiten zu können. In diesem Prozess ist eine Versprachlichung, von dem was geschehen ist, eine Benennung von dem, was geschehen ist, wichtig. Es ist Teil des Prozesses. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, eine Benennung, eine Definition als Dreh- und Angelpunkt von Unterstützung zu machen.

Bei der Arbeit mit Personen, die Gewalt ausgeübt haben, kann Definitionsmacht hinderlich sein, gerade wenn eine Auseinandersetzung mit solchen Personen davon abhängt, ob die diese Definitionen übernehmen. Besonders wenn es nicht um sexualisierte Gewalt geht, können auch AggressorInnen die Situation anders wahrgenommen haben. Dann ist es wenig hilfreich, im ersten Schritt eine Definitionsübernahme zu fordern. Es muss erstmal darum gehen, Verständnis und Anerkennung der Wahrnehmung von der anderen Seite, von Betroffenen zu erreichen und ein Problembewusstsein dafür zu schaffen, was dieses Verhalten mit einer anderen Person gemacht hat. Das muss nicht unbedingt bedeuten, diese Definition zu übernehmen. Das Ziel dieser Arbeit mit Leuten, die Gewalt ausgeübt haben, ist die Beendigung von diskriminierendem oder gewaltvollem Verhalten. Außerdem finden wir es wichtig, dass kein Zurückgehen des Schutzes der körperlichen Unversehrtheit, Willkür oder Rache passiert. Damit ist niemandem geholfen und das Verhalten wird nicht verbessert. Wir finden es wichtig, dass Beschuldigte die Möglichkeit haben gehört zu werden, ggf. auch sich zu verteidigen. Das heißt nicht, dass das öffentlich passieren sollte, oder dass damit eine Parteilichkeit mit Leuten, die Gewalt erfahren haben, über Bord geworfen werden müsste. Das heißt auch nicht, dass man da wie einen Beweisaufnahmeprozess vorgehen sollte. Wir finden es wichtig, sich in einem solchen Prozess die Frage zu stellen, was AggressorInnen für ihre Rehabilitierung leisten müssten. Es ist nicht zielführend als einzige Lösung, die man hat, Leute aus Zusammenhängen zu trennen. Es gibt sicherlich Fälle, in denen es vielleicht der einzige Weg ist, der funktioniert. Es müsste die letzte Option sein. All diese Schwierigkeiten verschärfen sich noch, dann wenn die Situationen, um die es geht, uneindeutig sind; wenn sie sich mit mehr Informationen später anders darstellen oder wenn sich herausstellt, dass auf verschiedenen Seiten Diskriminierung oder Gewalt ausgeübt wurde. Das leitet zum nächsten Problemkomplex über.

E*SPACE2: Ein weiterer Problemkomplex, den wir sehen, ist, dass der Definitionsmachtansatz sich ausgeweitet hat. Das heißt nicht, dass es nur in der queerfeministischen, linken Szene seit Jahrzehnten immer mehr Thema wird oder ist, sondern auch, dass es sich auf weitere Diskriminierungsformen ausgeweitet hat, z.B. Rassismus oder sprachliche Äußerungen. Das heißt weg vom Ursprungskontext sexualisierte Gewalt, Vergewaltigung im juristischen Kontext, hinzu eigentlich allen Diskriminierungsformen, die es gibt. Damit wird für uns der Ansatz zu einem Konzept und dadurch, dass er diese vielen Bereiche umfasst, wird er aus unserer Sicht ziemlich autoritär. Wir finden es wichtig, zu erkennen, dass es diese ganzen Probleme gibt und würden es gerne mit euch zusammen tun. Wir haben Grundlagen, die für die Diskussion wichtig sind und zu denen würde ich jetzt kommen.

Das ist einmal, dass anerkannt wird, dass alle Menschen unterschiedlich subjektiv wahrnehmen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber irgendwie wird das dann doch wieder vergessen. Es ist uns die Parteilichkeit mit Menschen, die von Diskriminierung betroffen und

benachteiligt sind, wichtig. Es ist empowernde Unterstützungsarbeit wichtig, also eine Ermöglichung von Wiederermächtigung. Uns ist die Arbeit mit den Menschen, die diskriminieren oder Gewalt ausüben, wichtig. Da wurde von JAN schon gesagt, dass das Ziel die Verhaltensänderung ist. Als einer der letzten Punkte ist uns wichtig, dass politische Arbeit geleistet wird, die darauf abzielt, dass die Strukturen sich ändern, dass die Gesellschaft sich ändert und vielleicht irgendwann einmal solche Arbeit nicht mehr so notwendig ist. Wir haben uns in dem Zusammenhang englischsprachige Diskussionen angeguckt. Da haben wir uns vorrangig mit COMMUNITY ACCOUNTABILITY auseinandergesetzt und darin dann mit TRANSFORMATIVE JUSTICE. Als Personen von uns letztes Jahr in London waren auf DER INTERNATIONALEN ANARCHAFEMINISTISCHEN KONFERENZ, kam ein neuer Begriff auf: ACCOUNTABILITY PROCESSES, was im Endeffekt so etwas ist, wie COMMUNITY ACCOUNTABILITY. Eine gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme, aber ohne den Kontext der schwarzen Frauen Bewegung. COMMUNITY ACCOUNTABILITY ist entwickelt worden von schwarzen Frauen in den USA und Kanada. Mit dem Konzept COMMUNITY ACCOUNTABILITY gibt es ein weiteres Blickfeld. Die gewaltausübende Person ist weiterhin verantwortlich für ihr Verhalten, aber nicht allein. Es wird geguckt, welche gesellschaftlichen Strukturen haben ein solches Verhalten begünstigt, legitimiert oder unterstützt. Somit sind alle ein bisschen angehalten Verantwortung zu übernehmen. Das Ganze abseits von Strafe. Wir finden das sehr spannend und finden, dass dort Herrschaftsverhältnisse und deren Kontexte komplexer mit einbezogen werden können. Wir finden, dass Situationen, die nicht so eindeutig sind, in denen es irgendwie einen guten und einen bösen Menschen gibt, leichter bearbeitbar sind. Eine weitere spannende Diskussion ist die um SAFER SPACES, wo es um Fragen von persönlicher Sicherheit geht.

Eine Auflistung, was wir gerne diskutieren würden: Welche professionellen Institutionen, die man ansprechen kann, gibt es? Welche Therapieform? Welche TherapeutIn? Was sagen die? Welche unterschiedlichen Facetten decken die ab? Was ist unser Verhältnis zu ihnen? Was sind Unterschiede und Gemeinsamkeiten? Was können die leisten, was wir nicht leisten können? Was können wir leisten, was die nicht leisten können? Möchte man mit denen zusammenarbeiten oder nicht? Das fanden wir im Bezug auf COMMUNITY ACCOUNTABILITY sehr spannend: Wer hat die Legitimation, den Plan für die Konsequenzen zu machen? Es geht ja eigentlich um die Verantwortlichkeit aller, da ist die Frage: Gibt es eine Gruppe, die das dann ausarbeitet oder nicht? Das ist uns bei COMMUNITY ACCOUNTABILITY nicht ganz klar geworden. Weil uns die politische Arbeit und die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen sehr wichtig ist, wie groß soll der Stellenwert dieser Arbeit sein? Geht es erst mal um eine Verbesserung der vorhandenen Strukturen? Z.B. Gesetze versuchen zu beeinflussen und verändern? Wann geht es eher um längerfristige Ziele, wie staatsunabhängige Strukturen zu schaffen? Dann haben wir uns noch gefragt, was die ganze Aufklärung leisten oder nicht leisten kann. Gibt es da Grenzen? Soll Leid von Betroffenen öffentlich gemacht werden? Wenn ja, dann wie? Es gibt in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Ansätze. Z.B. FIGHT HOLLA BACK, wo man im Internet posten kann, dass es zu sexualisierter Gewalt oder Übergriffen gekommen ist. Das läuft im deutschen Kontext ganz anders ab, als im US-amerikanischen, wo man auch noch Namen und Bilder der AggressorInnen dazu stellen kann. Das darf man in Deutschland nicht. Was ist der empowernde Moment in so einer Öffentlichkeitsmachung? Wo bleibt die Reflektion der eigenen gesellschaftlichen Funktion? Machen wir eine Art Elendsverwaltung? Wo stehen wir in diesem Ganzen? Gerade auch ziemlich aktuell bei uns: der Sinn und Unsinn von Awareness- und Unterstützungsarbeit.

E*SPACE1: Zu guter Letzt finden wir es wichtig feministische Praxen in Beziehung zu setzen zu allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen. Wie verhält sich der Fokus in der linken Szene auf Veränderungen des individuellen Verhalten zu neoliberalen Anforderungen an Arbeitskräfte, die auch flexibilisiert, anpassungsfähig werden sollen. Wo gibt es Grenzen von so einer Verhaltensänderung, die durch die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse gesetzt sind. Wie viel Raum soll das in feministischer Praxis einnehmen? Nicht unwichtig: Wie kann der Kapitalismus, mit den damit verbundenen Herrschaftsverhältnissen,

überwunden werden, damit wir in Zukunft eine solche Arbeit nicht mehr machen müssen? Das sind unsere Diskussionsanregungen gewesen.

Wir wissen um die Konflikte innerhalb des AZs in Köln. Die sind auch der Grund dafür, dass ihr die Veranstaltungsreihe macht. Wir können da natürlich dazu selbst nichts sagen, weil wir da nicht drin stecken, wollen es dementsprechend auch nicht. Wir hoffen aber, dass ihr für die Diskussion innerhalb des Zusammenhangs Sachen für euch mit herausnehmen könnt.

PUBLIKUM01: Vielen Dank erstmal. Es scheint, als habt ihr euch ziemlich lange mit der Materie auseinandergesetzt. Meine Verständnisfrage wäre, wo ihr für euch den Unterschied seht zwischen einer klassischen Definitionsmacht, also auch dem Konzept und der Umsetzung und das, was ihr vorgetragen habt. Der Titel ist „Wir arbeiten nicht mit Definitionsmacht“. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass ihr doch damit arbeitet, aber es nicht so benennt.

E*SPACE1: Ich würde eher sagen, dass es ein Zurückrudern bei Leuten gibt, die sagen: „Aber Definitionsmacht ist doch gar nicht mehr als die Anerkennung einer individuellen Wahrnehmung“. Dahinter stehen wir und das ist total zentral. Das ist das Wichtigste, was es zu berücksichtigen gibt. Wir würden aber tatsächlich sagen, dass Definitionsmacht mehr als das ist und auch von Anfang an schon war. Wenn man sich diese großen Szene-Clashes Anfang der 2000er Jahre anguckt, die öffentlich ausgetragen wurden, da geht es darum, dass in der Szene-Öffentlichkeit eine Definition einer Tat und eines Täters eingefordert wurde. Also: Er ist der Vergewaltiger und hat sich nirgendwo mehr blicken zu lassen. Ich würde schon sagen, das ist etwas anderes, als in der konkreten Unterstützungsarbeit eine Wahrnehmung anzuerkennen und zu gucken, was könnte dir helfen, dass es besser wird, was könnte die andere Person leisten. Da würde ich schon sagen, dass Definition auf mehr verweist.

E*SPACE2: Ich würde noch ergänzen, dass nicht nur die subjektive Wahrnehmung uns mit das Wichtigste ist, sondern auch die Parteilichkeit. Ich glaube, wir greifen auf etwas zurück, dass bereits vor dem Begriff Definitionsmacht bei Frauen in politischen Kontexten, vorhanden war, so wie es noch in verschiedenen sozialpädagogischen Kontexten auch angewendet wird. Ich glaube, das gab es schon vorher.

PUBLIKUM02: Ich würde euch bitten noch einmal kurz etwas zu den englischsprachigen Diskursen, die ihr euch angeschaut habt, zu sagen. Ich habe das inhaltlich nicht richtig verstanden, wo da der Zusammenhang war; wo ihr Unterschiede seht; was ihr jetzt daraus zieht.

E*SPACE2: Wir haben uns den Ansatz COMMUNITY ACCOUNTABILITY angeguckt, der im schwarzen Frauenbewegungskontext in den USA und Kanada entwickelt worden ist. Da haben sich Menschen zusammengetan, die nicht nur von sexualisierter Gewalt, sondern auch von staatlicher, rassistischer Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Die haben versucht einen Ansatz zu entwickeln, wie sie in ihren Communities mit Diskriminierung und Gewalt umgehen können. Dabei ist einmal der Ansatz, zu gucken, was sind unsere Werte, was ist uns auf einer theoretischen Ebene wichtig im Umgang. Wenn die Gruppe das praktisch für sich fest hat, gilt es zu überlegen, wie man mit Betroffenen von Diskriminierung arbeitet. Da geht es um Parteilichkeit und Anerkennung der subjektiven Wahrnehmung. Der dritte Teil ist die Arbeit mit Menschen, die Gewalt und Diskriminierung ausüben. Der Blick liegt darauf, dass Menschen nicht aus dem Nichts kommen, sondern geprägt werden und gewisse Strukturen gewisse Sachen auch begünstigen. Als vierter Punkt ist die gesellschaftliche Veränderung zu sehen. Also etwas innerhalb der Community zu entwickeln, um im Idealfall einen Output zu haben, der eine Veränderung bewirkt.

E*SPACE1: Spannende Sachen, die für uns dort auftauchen: sie nennen es TRANSFORMATIVE JUSTICE. Das ist die Vorstellung davon, Gerechtigkeit herzustellen über Veränderungen von Verhalten. Das ist eine Form von Gerechtigkeit jenseits von Strafe. Auch dieser Communityaspekt. Der ist schwierig und nicht einfach übertragbar, weil es schwarze,

ausgegrenzte Viertel waren. Das ist ein ganz anderer Kontext, aber die Vorstellung davon, dass man als Gemeinschaft oder Szene Verantwortung übernehmen muss und dass das nicht nur Einzelpersonen betrifft, wenn Gewalt passiert, fanden wir spannend.

E*SPACE2: In dem Text, den wir gelesen haben, wird von organisierenden Menschen geredet. Es kommt nie heraus, wer sind diese organisierenden Menschen. Gibt es da eine Instanz in den Communities oder Gruppen? Wir hatten das Gefühl, es ist total interessant. Als ich in England war, hatte ich das Gefühl, es ist noch nicht so weit. Die Diskussionen, die da geführt werden, sind in der Praxis ähnlich wie hier und drehten sich eher darum: wenn eine Person von sexualisierter Gewalt betroffen ist und sagt: „Die Konsequenzen sollen sein, dass dieser Mensch zusammengeschlagen wird“, gehen wir da mit oder nicht? Wie parteilich sind wir? Das war der Hauptdiskussionsstand, den wir von der Konferenz mitgenommen haben.

PUBLIKUM03: Ihr habt eine eigene Definition von Definitionsmacht vorgelesen und habt eine analytische Trennung, ich sag es mal in meinen Worten, von dem Geschehen und der Konsequenz vorgenommen. Wenn ich euch richtig gefolgt bin, habt ihr sehr viel über den ersten Punkt geredet. Kritik an dem zweiten Teil habt ihr nicht thematisiert. In der Definition habt ihr gesagt, dass die Bestimmung über die Konsequenzen gar nicht Teil des Definitionsmachtkonzept wäre, ist das richtig?

E*SPACE2: Wir würden sagen, dass die Macht über die Konsequenzbestimmung oder eine Sanktionsmacht eigentlich nicht immer Teil ist oder sein muss von Definitionsmacht. Mittlerweile sehen wir das so, dass es schon meistens in eins läuft. Wenn Leute sagen, sie arbeiten mit Definitionsmacht, dann kann eine Person, die von Gewalt und Diskriminierung betroffen ist, auch oft über Konsequenzen entscheiden. Wir hatten am Anfang ein paar Kritikpunkte aufgelistet, wie z.B. nicht mehr an Veranstaltungen teilnehmen dürfen, oder von sozialen Kontexten ausgeschlossen werden, wie aus einer Szene.

E*SPACE1: Mein Eindruck ist, dass ein Grundproblem dieser ganzen Auseinandersetzung ist, dass die Menschen eine einzige Idee haben, was für Konsequenzen umgesetzt werden können. Die einzige Idee ist dabei, Leute auszuschließen. Das führt zu einer Engführung, wo es schwierig ist, nach weiteren Möglichkeiten zu fragen. Was könnten Leute für Rehabilitierungen leisten? Wie könnte da auf Verhaltensänderungen hingewirkt werden?

E*SPACE2: Wenn Leute aus einer Szene ausgeschlossen werden, frage ich mich auch immer, wohin? Wäre es nicht schön ein Konzept zu entwickeln, das von der gesamten Gesellschaft angewendet werden könnte? Man kann ja nicht immer Leute aus der ganzen Gesellschaft ausschließen. Ich frage mich ob, das der richtige Weg ist.

PUBLIKUM04: Ich bin immer noch total in dem Konflikt des AZs mit drin. Hier gab es Ausschlüsse im Verlauf dieses Konfliktes. Das war eine schwierige Diskussion. Das hat sich lange gezogen. Dann kam aber auch die Frage auf, wie gehen wir damit um? Es gab meines Erachtens nach ganz viel Definition von Definitionsmacht, alle haben sich darauf berufen oder eben auch nicht. Es gab eine Frontenbildung. Ich bin immer noch durcheinander deshalb. Letzten Endes haben wir uns nicht mehr zu helfen gewusst und haben deshalb die Ausschlüsse vorgenommen, weil das ganze Plenum gelähmt war. Wir hatten nicht das Gefühl, offen reden zu können. Es ist uns eine Atmosphäre der Angst aufgefallen. Es haben sich Menschen nicht getraut ihre Meinung zu sagen, also diese Negativkonsequenzen, die ihr am Anfang aufgezählt habt. Das fällt mir dazu ein. Ich finde es schwierig, wenn Definitionsmacht angewendet wird, wer darf die anwenden? Ihr habt das auch so benannt: wenn beide Seiten das für sich in Anspruch nehmen, was machen wir? Das Problem haben wir auch. Es kamen ganz verschiedene Versionen von dieser Eskalation des Konfliktes von den Parteien, die dabei waren, heraus.

PUBLIKUM05: Problematisch an Definitionsmacht finde ich die Frage, wie kann praktische Arbeit aussehen? Da braucht es viel Zeit, Aushandlung und einen

Blumenstrauß an Möglichkeiten. Das Problem in Köln, das das „NO BORDER CAMP“ hatte, war, dass dieses erweiterte Definitionsmachtkonzept im Prinzip auch angewendet wurde. Ihr erwähntet ja auch, das ginge so ein bisschen ins Autoritäre. Es findet so etwas wie eine Zensur statt, wenn man etwas Falsches sagt. Es ist die Frage, wer in so einer Szene überhaupt noch mitreden kann. Oder Szenecodes: Wenn die gemacht werden, ist es kein Problem, wenn jemand etwas Falsches sagt, dann gibt es ein Stoppzeichen oder es werden Sachen unterbunden. Das ist ein recht großes Problem, was in der Diskussion in Köln auch eingeflossen ist. Das wurde auch nie richtig aufgearbeitet. Deswegen finde ich es ganz schön, dass ihr diesen Input gegeben habt.

E*SPACE1: Die Sachen verschärfen sich gegenseitig weiter. Wenn es eine Situation gibt, in denen auf verschiedenen Seiten Mist gelaufen ist, da ist Definitionsmacht an einer konzeptionellen Grenze. Die kann damit nicht umgehen. Wenn zwei Definitionen von zwei Leuten, die Scheiße erfahren haben, auftauchen, dann funktioniert es nicht mehr. Gerade aber wenn man diese erweiterte Definitionsmacht hat, wo es um alles möglich geht, dann handelt man sich das Problem in jeder Auseinandersetzung ein. Da kann es nicht mehr funktionieren.

PUBLIKUM06: Könnt ihr es noch konkreter machen? Der Ansatz, man macht TäterInnenarbeit oder Arbeit mit dem/r Betroffenen, ist voll gut. Aber was passiert in der Situation, wo der/die TäterIn das nicht so empfindet? Ich spreche hierbei nicht von einer Lappalie, wo jemand ein falsches Wort gesagt hat, sondern es wirklich um existentiell bedrohliche Situationen im Leben geht.

E*SPACE2: Das ist nicht einfach. Wir sind da ein bisschen auf Glatteis. Ab einer gewissen Ebene geht es um Professionalität der Arbeit mit Menschen, die ich nicht leisten kann, weil ich dafür nicht die Ausbildung habe. Ich bin durchaus nicht komplett gegen Rauswürfe. Es gibt Situationen, wo es darum geht, körperliche und mentale Unversehrtheit zu schützen und wieder herzustellen. Da finde es vollkommen legitim. Bei der Arbeit mit Ausübenden von Diskriminierung ist es wichtig, dass sie bereit sind, sich auf eine Diskussion einzulassen. Dann kann man da den ersten Schritt warten lassen und die Wahrnehmung des anderen akzeptieren. Das heißt nicht, diese zu übernehmen, sondern nur zu akzeptieren, dass es eine andere gibt und von da aus weiter zu gucken. Ich könnte jetzt auch mehr erzählen, aber es ist schwierig jetzt genaue Methoden für jede Person, die in Frage kommt, zu nennen. Ich würde schon sagen, dass es Punkte gibt, wo Rauswürfe stattfinden müssen oder räumliche Trennungen, wo auch ein regelmäßiges Gesprächsangebot gemacht werden sollte. Auch wenn eine Person sich erstmal quer stellt. Damit auch eine Veränderung des Verhaltens oder die Verbesserung der Gesamtsituation hergestellt werden kann, damit die Person eventuell auch wieder zurückkehren kann. COMMUNITY ACCOUNTABILITY, da wird vorgeschlagen, dass man mit den Freundinnen und Freunden der Person arbeitet, weil die anders dran sind an den Menschen. Wenn etwas passiert und ich kenne den Menschen nicht und sage so: „Ey, das war scheiße und jetzt mach das mal anders!“, dann ist das viel schwieriger anzunehmen, als wenn gute FreundInnen mit einem darüber reden. Das finde ich ganz spannend. Das nimmt vielleicht auch das Gefühl komplett aus einer sozialen Struktur ausgeschlossen zu sein. Ich kann mir vorstellen, dass das Ablehnung gegenüber Gesprächen hervorruft.

E*SPACE1: Das müsste ein Umdenken erfordern, es eben nicht zu skandalisieren, wenn Leute weiterhin mit Menschen befreundet sind, die Scheiße gebaut haben. Es wird versucht, es als Ressource zu verstehen und zu nutzen. Wenn Freunde in dem Kontext unterwegs sind, ist da eine Gemeinsamkeit und es kann ein anderer Einfluss geltend gemacht werden. Das löst das Grundproblem nicht.

E*SPACE2: Wir haben es die Tage nochmal diskutiert. Wenn Menschen Unterstützungsarbeit oder Arbeit mit Menschen, die Gewalt ausüben, leisten wollen, sollten sie sich nochmal professionelle Hilfe suchen. Nicht nur die Menschen, die von Gewalt oder Diskriminierung betroffen sind oder diese ausüben, sollten eine Therapie anfangen, sondern auch die Leute, die mit diesen Leuten arbeiten, sollten mit Menschen reden, die dafür

professionellere Methoden haben oder eine Art Supervision erhalten. Sie sollten sich regelmäßig Input oder eine Rückversicherung holen, um sich selbst auch zu schützen. Selbstfürsorge in dieser Arbeit ist nochmal ein anderer Punkt.

PUBLIKUM07: Ich habe ein bisschen Bauchschmerzen bei der Paarung von dem Ziel Verhaltensänderung, was auch krass autoritär sein kann, und Professionalität. Wir müssen lernen, wie wir miteinander im Konfliktfall umgehen, wie können wir aktiv sein und auf dieser theoretischen Ebene runterkommen. Für mich ist das ein krasses Konfliktfeld. Das ist richtig schwer.

PUBLIKUM08: Ich habe gelesen, dass in den 80er Jahren in feministischen Zusammenhängen auch von DEFINITIONSRECHT gesprochen wurde, was im Prinzip diese subjektive Wahrnehmung auch gut abdeckt. Habt ihr den Begriff schon gehört? Wie steht ihr dazu? Macht bezieht ja im Prinzip eine gewisse Sanktion mit ein. Was fällt euch dazu ein?

E*SPACE1: Wir hatten von der letzten Veranstaltung hier eine Ergebniszusammenfassung bekommen, wo gesagt wurde, Definitionsrecht ist das, was wir heruntergebrochen haben auf die Tatdefinition der Betroffenen. Die betroffene Person hat das Recht, eine Tat als etwas zu definieren. Das ist Definitionsrecht. Definitionsmacht ist der breitere Ansatz, die Verknüpfung mit den ganzen Praxen, die unter Definitionsmacht subsumiert laufen. Wir hatten auch nochmal darüber diskutiert und waren uns nicht sicher. Ich kenne Definitionsrecht aus einem Text von Lennard Welz, der so heißt. Das, worüber wir diskutieren, ist Definitionsrecht. Die Ausgangssituation gibt es nicht her. Definitionsmacht soll im Zuge von allen gesprochen werden. Eine Person hat von sich auch nicht die Macht, das von sich aus alleine zu definieren. Sie soll das Recht von der Szene bekommen, definieren zu können. Ob das schon älter ist, als das in den 80ern, weiß ich nicht.

PUBLIKUM09: Worauf zielt die Frage?

PUBLIKUM08: Es war nur Interesse, ob der Begriff noch häufig auftaucht, ob er synonym ist. Ob es es nicht ganz gut treffen würde, das darüber zu definieren, was passiert ist. Da würde Definitionsrecht ja auch ausreichen. Ich fand das ganz interessant, auch als andere Sache als Definitionsmacht.

E*SPACE2: Es ging in den Jahren auch darum, dass im juristischen Kontext, Frauen oder Betroffene von sexualisierter Gewalt das Recht gegeben werden sollte, zu sagen: „Das war eine Vergewaltigung.“ Und dann wird das auch so hingenommen. Nicht so, wie es heute noch ist, dass dieses superlange Beweisaufnahmeverfahren gibt.

PUBLIKUM10: Ich glaube nicht, dass in der letzten Veranstaltung gesagt wurde, dass Definitionsrecht heißt, dass man es nur benennen darf und Definitionsmacht eine Sanktionsmacht umfasst.

PUBLIKUM11: Ich habe das so verstanden

PUBLIKUM10: Ich habe das so verstanden, dass es erstmal nichts bringt, nur sagen zu können, wie man es wahrgenommen hat, wenn wir uns nicht in einem staatlichen Justizsystem befinden. Da bringt es vielleicht was. Hier in dem Kontext bringt es nichts, einfach zu sagen „Ich habe es so wahrgenommen und es gibt keine Konsequenzen“. Das sagt ihr ja nicht. Ihr fordert Parteilichkeit und damit hat es Konsequenzen. Eigentlich wollte ich was Anderes sagen: ich finde es mutig, dass ihr hier sitzt und den Vortrag haltet. Ich stimme nicht mit allem überein. Ich bin über die ruhige Stimmung hier verwundert und frage mich, wo die entsetzten Aufschreie bleiben. Mich verwundert es, mit welcher Ruhe ihr das vortragt und frage mich, ob ihr das schon öfter vorgetragen habt und euch nie etwas Schlimmes dabei passiert ist. Es ist ja ein unglaublich emotionales, kontroverses, aufgeladenes Thema und ihr kratzt nicht nur ein bisschen dran, sondern nehmt den Sockel weg. Das ist ein sehr radikales

In-eine-andere-Richtung-Denken. Das finde ich gut, weil es eine andere Perspektive aufmacht. Ihr habt Worte und Konzepte in den Raum geworfen, die ich persönlich immer mal wieder gehört habe, aber noch nicht damit auseinandergesetzt habe.

E*SPACE2: Wir sind auch sehr froh, dass es noch nicht eskaliert.

PUBLIKUM11: Ich habe nicht das Gefühl, dass der Sockel komplett weggenommen wird.

PUBLIKUM12: Meine Frage wäre zur gesellschaftlichen Perspektive: Im letzten Vortrag ging es zum Beispiel auch um den Umgang in anderen Ländern, mit Vergewaltigung z.B. In England reicht ein Nein der Betroffenen z.B. als Beweis aus, sozusagen um zu beweisen, dass es eine Vergewaltigung war. Habt ihr euch da ein bisschen mit den rechtlichen Aspekten auseinandergesetzt? Habt ihr ein gutes Beispiel aus einem Land, wo man sagen, da hat man nicht mehr das Problem, dass man beweisen muss. Retraumatisierung und so weiter.

E*SPACE2: Anfang dieses Jahres hat sich ein Gesetz geändert. „Nur ja heißt ja.“ Nicht nur „Nein heißt nein“. Richtig tief haben wir uns nicht damit auseinandergesetzt. Ein paar Leute von uns haben einen Text übersetzt über ‚Consens‘. Da geht es auch darum, woher Consens im juristischen Rahmen in England gekommen ist. Das ist dort ziemlich verankert. Aber so richtig eher nicht. Da ist aber spannend, dass vor allem im englischsprachigem Kontext sich sehr auf den juristischen Kontext bezogen wird. Das wurde da weiterentwickelt oder auch nicht. Ich finde die Diskussion um „Nein heißt nein“ und „Nur ja heißt ja“ sehr spannend. Was sind die Unterschiede, was hat das für Auswirkungen?

PUBLIKUM13: Ihr hattet über Sinn und Unsinn von Awareness und Unterstützungsaufgaben gesprochen. Da hätte ich gerne mehr Informationen zu. Was versteht ihr darunter?

E*SPACE2: Immer wenn etwas passiert, wird als erstes eine Awarenessgruppe gegründet. Die ist dann verantwortlich. Was steht da eigentlich dahinter? Wo ist die Verantwortlichkeit der anderen? Was macht diese Gruppe für eine Arbeit? Ist es sinnvoll eine solche Gruppe zu haben oder ist es nicht nur ein Reflex, dass auf jeder Party eine Awarenessgruppe ist. Das war der Anfang.

E*SPACE1: Unser Eindruck war, dass es eine konkrete Vorstellung gibt: Es muss eine Awarenessgruppe geben, die ist ansprechbar auf Veranstaltungen und hat sich damit beschäftigt, wie damit umgegangen wird, wenn sexistische oder rassistische Äußerungen oder Handlungen passieren. Das ist aber ein begrenzter Rahmen, wo wir uns fragten: Wenn man Awareness-Arbeit beim Wort nimmt, müsste eine vernünftige Awarenessarbeit nicht so aussehen, dass wir eine Veranstaltung zum Thema Geschlechterverhältnis, zu Männlichkeit, zu dem Zusammenhang von Gesellschaft und Geschlechterverhältnis, Subjekt und Geschlechterverhältnis etc. machen? Müsste da nicht noch viel mehr passieren, um auch eine Wirkung zu entfalten, die über eine reine Feuerwehropolitik hinausgeht?

PUBLIKUM13: Gehört da auch dazu, die Verantwortung nicht an die Awarenessgruppe abzugeben, sondern dass der gesamte Raum, in dem Zusammenhang eben das AZ, die Verantwortung für das Geschehene gemeinsam trägt? Oder dass das Geschehene aufgearbeitet wird?

PUBLIKUM14: Das AZ ist ein Veranstaltungsort, in den Menschen kommen, die sich damit noch nicht auseinandergesetzt haben und da ist eine Feuerwehropolitik auch in Ordnung. Grundsätzlich sollten wir alle cool untereinander sein. Wir können auch zuerst über die Überwindung des Kapitalismus reden. Ich würde awareness deshalb nicht verwerfen.

E*SPACE2: Eine generelle Sensibilisierung für das Thema würde ich auch nicht verwerfen. Eine Gruppe, die am Einlass steht, die man ansprechen kann, würde ich anders benennen.

Vielleicht auch nur Ansprechgruppe, weil sie konkret für diesen Abend ansprechbar sind, auch zeitlich begrenzt. Das ist für mich etwas anderes, als Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten, was für mich Awareness-Arbeit eigentlich beinhaltet oder beinhalten sollte. Das ist dann in einem AZ-Rahmen kompliziert. Da kommen unterschiedliche Leute zur Veranstaltung. Je enger eine Gruppe bzw. Community ist, oder je weniger wechseln, umso einfacher ist es dort an konkreten Sachen zu arbeiten. Sonst wird es wie ein Fass ohne Boden.

PUBLIKUM15: Ich wollte noch ein positives Beispiel bringen. Damals bei einer Party standen Leute am Einlass, die Leute ansprachen mit einem Flyer. Da war ein Comic drauf, der darauf hinweist, was man den Abend über haben möchte. Wenn Leute diese Prinzipien oder Worte nicht verstehen, dann wird mit ihnen nochmal geredet und nochmal erklärt. Wenn sie das nicht akzeptieren würden, würde ihnen nahe gelegt, woanders hinzugehen. Meistens ist das nicht nötig und sie kapierten selber, dass sie fehl am Platz sind. Dadurch ist das Konfliktpotenzial auf der Party extrem gesunken, weil viele Leute nicht mehr nur zum Saufen auf die Party gekommen sind. Sie mussten eben erstmal an den Leuten vom Einlass vorbei und mit ihnen reden. Das funktioniert anscheinend ganz gut.

PUBLIKUM16: Dadurch wird der Ausschluss vermieden dadurch, dass der Einlass verboten wird.

PUBLIKUM15: Nicht verboten. Es wird den Leuten klar gemacht, dass man das nicht haben will.

PUBLIKUM16: Das erleichtert das Ausschlussverfahren.

PUBLIKUM15: Wenn man homophoben Menschen sagt, dass es eine schwule, lesbische Party ist, dann wollen sie vielleicht nicht mehr kommen.

E*SPACE2: Ich finde es eine gute Methode. Man kann das schon im Vorfeld machen: einfach das Internet nutzen. Was wünschen wir uns für einen Umgang miteinander, was ist uns wichtig. Flyer finde ich gut am Einlass. Ich stelle es mir anstrengend vor, dass immer allen nochmal zu erklären. Ich stelle mir dann auch die Warteschlange vor. An sich ist es eine gute Methode Leuten klar zu machen, welche Vorstellungen man hat. Manchmal verstehen es Leute auch nicht, ohne etwas dagegen zu haben. Das hatte ich schon mal, dass die Leute theoretisch darauf eingehen, aber auf einem ganz andere Diskussions-/ Wissensstand waren, dass auch Begriffe nicht klar waren. Das fand ich spannend, wie man damit umgeht.

PUBLIKUM17: Da stellt sich auch die Frage, wie viel Schutzraum will man haben? Es gibt durchaus Veranstaltungen und Parties, wo ich das mega gut finde. Das muss abgewogen werden. Aber vielleicht ist es auch gar nicht sinnvoll, sich immer in Schutzräumen bewegen zu wollen. Es ist die Frage, welchen Anspruch hat man an die Räume. Wie kommt man an neue Menschen, wenn man krass mit Ausschlüssen arbeitet?

PUBLIKUM18: Oft ist es auch das Problem, dass wir als Linke sowas schreiben wie „Kein Sexismus!“ etc. Wenn man ehrlich ist, umfasst das total viel. Was das inhaltlich bedeutet, darin sind wir uns ja auch uneinig. Es wird nicht funktionieren, das draufzuschreiben. Es ist eine Aushandlungssache. Es müssen Gespräche geführt werden. Das ist anstrengend, aber ich glaube, wir wollen auch Leute, die nicht Szene zugehörig sind, nicht akademisch sind etc. erreichen. Das können wir nur über Gespräche. Manchmal habe ich das Gefühl dieses Awareness ist so ein Hypewort. Früher nannte man das Schutz. Das einzige was neu bei den Texten dazu kam, war der Begriff der Definitionsmacht. Wenn eine Person auf dich zukommt und sagt: „Der hat mich doof angetanzt, ich will dass der fliegt!“ Dann darf man nicht mehr nachfragen oder sagen „Ok doof, wir sagen dem jetzt mal: ‚der soll das lassen‘“ Man folgt automatisch der Forderung. Den Bereich der Definitionsmacht presst man schnell

zusammen mit dem Awareness-Konzept. Das ist die einzige Entwicklung, warum man das jetzt Awareness nennt. Für mich spielt eine Rolle, wie viele Leute habe ich? Sind die nüchtern? Was ist das für eine Party, wo auch anderes Klima ist? Das sind wichtigere Fragen für mich, als eine Gruppe, die zusammengewürfelt ist aus Leuten, die sich nicht kennen, die sich dann Awareness nennen, die mit Bändchen und Blinklichtern durch die Party laufen. Das beinhaltet mehr, als zu sagen: „Ja, das stimmt“. Es muss mehr sein.

E*SPACE1: Es ist wichtig, dass Leute auf einer Party da sind, die einen Rauswurf vernünftig durchführen können.

E*SPACE2: Wobei es manchmal unterschiedlich ist. Eine Gruppe, die ansprechbar ist, wenn man über etwas quatschen will und Menschen, die konkret rauswerfen. Das halte ich für eine gute Trennung, wenn nicht alle Personen immer rauswerfen. Es sollte eine Schulung bestehen, wie gehe ich auf Leute zu, ohne dass es komplett eskaliert.

PUBLIKUM19: Wir haben ja darüber geredet, dass die Konsequenzen von der betroffenen Person nicht allein bestimmt werden können. Du hast auch gesagt, dass Ausschlüsse zum Teil wichtig sind, um eine Wohlfühlmöglichkeit wieder herzustellen. Da habe ich mich gefragt, wie wird es dann aufgebaut? Gibt es nur ein Gespräch mit den Betroffenen? Wie stellt ihr euch das vor?

E*SPACE2: Erstmal haben wir kein Buch, in dem es heißt: „Wenn Person A das sagt, dann passiert B.“. Es kommt immer auf die Situation an. Ich finde es wichtig, sich anzuhören, was die betroffene Person sagt. Ich finde es wichtig, mit der anderen Person zu reden, auch zu gucken, wie zugänglich die ist. Es ist wichtig, zu gucken, was die Konsequenzen für weiterführende Konsequenzen haben. Wenn ich sage: „Du warst übergriffig und du gehst von dieser Party!“ Das hat eine andere Konsequenz, als wenn ich aus meiner WG rausgeschmissen werde und dann auf der Straße lebe. Ist es dann nicht besser, sich erstmal einen anderen Schlafplatz zu suchen? Ich würde gucken, dass verschiedene Punkte mit einbezogen werden, dass Gespräche stattfinden und nicht adhoc entschieden wird. Das Beispiel von eben: es kommt jemand zum Einlass. „Mir ist scheiße passiert. Ich will, dass die Person geht“, ohne dass die Person weiß, wofür dieses Wort ‚scheiße‘ in dem Moment steht. Das finde ich super schwer. Deshalb ist es wichtig, dass man sensibel nachfragen kann, damit man weiß worum es gerade geht.

E*SPACE1: Entwickelt hat sich das aus der Sache heraus, dass wir für uns festgestellt haben, dass wir nicht alles machen würden. Wir haben einen eigenen Standpunkt, wie weit etwas gehen kann oder nicht. Wir geben uns auch das Recht dazu, auch wenn uns Leute supporten und nicht sagen: „Jetzt schmeiß ich alle Ideale, die ich selber habe über Bord.“

E*SPACE2: Was steht denn politisch für uns dahinter? Wo sind unsere Grenzen erreicht? Man gerät schnell in einen Strudel der durchaus standardisierten Abläufe, die man kennt. Da kann viel Mist bei raus kommen. Da würde ich uns auch nicht frei von sprechen.

E*SPACE1: Es gibt in dem einen Text von COMMUNITY ACCOUNTABILITY auch geschilderte Beispielsituationen, wo gefragt wird, was könnten Möglichkeiten sein? Was könnten Forderungen sein an Leute, die Gewalt ausüben? Da ist es wichtig zu betonen, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem Reden davon, ob eine Vergewaltigung stattgefunden hat oder ob jemand geschubst oder beleidigt hat. Das funktioniert nicht, nur einen Weg zu haben. Es muss ein gemeinsamer Diskussionsprozess sein, um gemeinsam herauszufinden, was dazu beitragen könnte, dass es der Person besser geht, dass sie sich sicher fühlt.

PUBLIKUM 20: Ich finde es auch ehrlicher, was ihr sagt, gerade in dem Punkt seine eigenen Werte über Bord zu schmeißen. Wenn so viele Gruppen sich über Definitionsmacht stellen und vermitteln, dass sie sich im Ernstfall so verhalten. Aber wie viele Leute würden denn, wenn ihren engsten GenossInnen, auf die sie sich einhundert prozentig in einer Situation verlassen, ihnen vertrauen, vorgeworfen wird

und die sagen: „Es ist nicht passiert.“ Wer würde dann von sich sicher sagen, ja klar, ich glaube nicht meiner GenossIn, sondern ich glaube der fremden Person und verhalte mich meiner GenossIn so gegenüber, wie die fremde Person das möchte. Ich finde das ist ein riesiges Konfliktfeld. Man sollte so ehrlich sein und in Frage stellen, wie weit man das wirklich tun würde. Man sollte es auch nicht anderen Leuten vorhalten, dass man das machen würde. Ich weiß auch nicht, ob es da gut ist seine eigenen Werte über Bord zu werfen.

PUBLIKUM 21: Sind bei euch Menschen dabei, die beruflich, therapeutisch, pädagogisch, sozialarbeitermäßig etwas machen oder arbeitet ihr euch in Gesprächstechniken ein, sowas wie: „Wie kann ich ein Gespräch gut führen?“

E*SPACE2: Das Gute ist, dass wir keine reine Unterstützungsarbeit leisten, deswegen müssen wir uns nicht in solche Gesprächstechniken einarbeiten. Aber der Großteil der Leute hat einen sozialpädagogischen Anschluss. Wir haben uns bisher nicht so viel Methodik beigebracht, weil wir die Arbeit an sich nicht machen. Wir haben uns das am Anfang überlegt, haben uns dann dagegen entschieden. Es gibt eine Gruppe in Deutschland, die das macht. Aus Gera. Das ist superviel Arbeit, wenn man Jahre lang, und das ist nicht unwahrscheinlich, Prozesse begleitet. Wir haben uns überlegt nochmal Input zu holen, zur Arbeit mit Betroffenen Ausübenden, wie Institutionen mit dem Thema umgehen, auch um uns besser mit dem Thema beschäftigen zu können. Wir werden uns wahrscheinlich an gängige Institutionen bei uns in der Stadt wenden, vielleicht außerhalb der linken Szene. Ansonsten gibt es superviele Bücher zu Parteilichkeit.

E*SPACE1: Es gibt schon auch von Gruppen, die in dem Feld arbeiten, Reader, wo auch eine Methodik drin steht, z.B. wie Zuhören in einem Prozess funktioniert. Was können da für Probleme auftreten? Was gilt es zu beachten bei Unterstützung? Das gibt es bereits aufbereitet.

E*SPACE2: LESMIGRAS. Aus Berlin. Wirklich Empfehlenswerte Broschüren. Sehr zu empfehlen. Kann man sich kostenlos bestellen. Gibt es auch als PDF im Netz.

PUBLIKUM22: Ich finde es wichtig, wenn man mit Personen umgeht, die potenziell traumatisiert sind, sich nicht anzumaßen, nur, weil man einen Reader gelesen hat, zu glauben, man könne jetzt traumatherapeutisch arbeiten. Es ist ein sehr spezielles Feld. Wenn es darum geht, wie kann ich sensibel mit Traumata umgehen, kann ich vielleicht erkennen, dass die Person Unterstützung braucht, aber man kann nicht therapeutisch arbeiten, wenn man nicht ausgebildet ist.

E*SPACE2: Wir machen auch einen Workshop, über mehrere Tage. Darin wird sich auch mit Traumen auseinandergesetzt. Ich würde dir einhundertprozentig zustimmen. Ich finde es im linken Kontext spannend zu diskutieren, welchen Stellenwert hat Trauma. Der Begriff wird super oft verwendet. Nachdem das und das passiert ist, wären Menschen auf jeden Fall traumatisiert. Ich finde bereichernd, wie kommt eine Traumatisierung zu Stande? Wann reden Menschen von Trauma? Wann wird in der linken Szene von einem Trauma geredet. Das ist auch super spannend sich mit den Begriffen, die es gibt, auseinanderzusetzen und auch zu schauen, ob sie nicht unterschiedlich verwendet werden, dann auch warum. Ein Trauma ist schon etwas Krasses und eine dissoziative Störung ist auch krass. Das hat jede von Gewalt betroffene Person. Wieso wird es so oft verwendet. Ist es weniger wert, wenn man nicht so krasse Begriffe verwendet? Ich glaube, das sollte nicht weniger wert, weniger schlimm sein, damit auch Sachen, die so krass sind wie ein Trauma, nicht verbessert oder pathologisiert werden.

PUBLIKUM: Danke nochmal an euch. Ich finde es ganz wichtig, was du am Ende gesagt hast. Ich habe das Gefühl, dass manche Sachen in einer bestimmten Art und Weise dargestellt werden müssen, um überhaupt gehört zu werden. Es ist tragisch, dass wir uns so wenig wahr und ernst nehmen.

